862

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textsatzteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang · Freitag, den 8. Oktober 1926 · Nummer 224

An die deutsche Arbeiterklasse! An die Mitglieder der freien Gewerkschaften!

Der gemeinsamen Offensive der Unternehmer, der Regierung, der Gewerkschaftsbureaukraten gelang es, den Kampf der Hamburger Hafenarbeiter niederzuschlagen. Die Entstehung dieses Kampfes, sein Verlauf und Ende, sowie das Verhalten der Gewerkschaftsführer sind von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung, denn Hamburg war nicht nur der erste wuchtige Vorstoß gegen die Diktatur des Unternehmertums und seine Rationalisierungspolitik.

In Hamburg wurde die erste Schlacht gegen den Raub eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterklasse, des Streikrechts, geschlagen.

Hamburg war zugleich die stärkste Solidaritätsaktion für die englischen Bergarbeiter, die seit mehr als fünf Monaten für dieselben Ziele kämpfen!

Der Plan der Unternehmer und der imperialistischen Regierung ist klar und eindeutig: Im Wege des Schlichtungsverfahrens und der Klassenjustiz das Streikrecht im rationalisierten Deutschland endgültig zu begraben.

Der Arbeiterstreik wird außerhalb des Gesetzes gestellt, die Streikenden für vogelfrei erklärt, die Gewerkschaften für die „wirtschaftlichen Schäden" des Streiks haftbar gemacht. Das bedeutet die

Entmannung und Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Denn welchen Sinn sollen die Gewerkschaften haben, wenn sie die proletarischen Forderungen nicht im Kampfe gegen das Unternehmertum durchsetzen können.

Gibt es nach acht Jahren Republik noch einen Arbeiter, der glaubt, daß es möglich ist, die proletarische Existenz auf dem Wege der Vereinbarung mit den Unternehmern zu verteidigen? Ist es nicht **nach den Erfahrungen von Hamburg** über jeden Zweifel klar, daß das Schlichtungswesen eine furchtbare Waffe in den Händen des Unternehmertums ist?

Die Unterwerfung unter die Schlichtungsdiktatur der Bourgeoisie und der Reformisten wäre der Anfang vom Ende der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Sie würde die deutsche Arbeiterschaft weit hinter 1914 zurückwerfen. Die Gewerkschaftsführer sind mit dem Kriegsplan des Unternehmertums restlos solidarisch. In seiner Kundgebung zum Hamburger Kampf gibt der ADGB das Streikrecht völlig preis! Auch sein Ziel ist die Umwandlung der Gewerkschaften zu Kampforganisationen des Proletariats zu Unterstützungsvereinen, die von der Gnade des Unternehmertums und der bürgerlichen Gerichte abhängig sind. Die Haltung des ADGB zum Hamburger Kampf ist eines der schwärzesten Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung.

Wir rufen die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Vernichtung der Gewerkschaften durch die Trustherren, den Verrat und die Feigheit der reformistischen Bureaukratie.

Die Hamburger Arbeiter wurden geschlagen, aber nicht besiegt. Ihr Kampf war ein Vorpostengefecht der gesamten deutschen Arbeiterklasse, die sich zur Abwehr in Bewegung setzt. Deshalb fand Hamburg ein gewaltiges Echo in ganz Deutschland, in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften.

Im kommenden Hungerwinter werden die unvermeidlichen Kämpfe um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und die Erwerbslosigkeit zusammenfallen mit der Abwehr der Vernichtungsoffensive des Streik- und Koalitionsrechts.

Die Organisierung der proletarischen Einheitsfront ist das eiserne Gebot der Stunde!

Über Hamburg hat eine noch weit größere Bedeutung. Vor Hamburg machte der Führer des deutschen Trustkapitals, Stinnes, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsführern den Vorschlag, zur gemeinsamen Versklavung der Arbeiterklasse eine Regierungskoalition im Reiche und in den Ländern zu bilden.

Hamburg war die Antwort Leiparts auf das Dresdner Koalitionsangebot Stinnes.

Die deutsche Bourgeoisie weiß aus den Erfahrungen der Vergangenheit, daß sie ihre imperialistische Völkerbundspolitik nicht durchführen kann, wenn sie nicht die Arbeiterklasse in die Fesseln der Koalitionspolitik schlägt. Die fürchtet die Rebellion der zwei Millionen Erwerbslosen im kommenden Winter des Hungers und des Elends. Sie fürchtet das **Bündnis der Erwerbslosen mit den Arbeitern im Betrieb**, und sie sucht ihre Bundesgenossen in den Reihen jener Führer der Arbeiterschaft, die eine bewährte Tradition haben als Büttel gegen jegliche Auflehnung des Proletariats gegen das kapitalistische Regiment.

Kann es einen deutlicheren Beweis für die Vorbereitung der Großen Koalition, der Koalition der Trustherren mit den reformistischen Arbeiterverrätern geben, als den Pakt, den die sozialdemokratischen Minister Preußens mit der Hohenzollernbande abgeschlossen haben?

Der Hohenzollernpakt Brauns und Severings,

gebilligt vom Parteivorstand der SPD, gibt den fürstlichen Räubern weit mehr als selbst der berüchtigte Kompromißentwurf der Regierung Marx-Stresemann. In der Zeit des ungeheuerlichsten Elends der Arbeitenden, des bevorstehenden Abbaus der Erwerbslosenunterstützung wird den Hohenzollern ein ungeheures Vermögen in den Rachen geworfen. **Mehr als das!** Die sozialdemokratischen Minister verpflichten sich in dem unterschriebenen Vergleich, für sämtliche früheren Beamten aller fürstlichen Höfe in Deutschland bis an ihr Lebensende zu sorgen! Und das in einer Zeit, da Tausende und aber Tausende Kriegsrentner, Waisen und Witwen buchstäblich verhungern.

Die sozialdemokratischen Führer übertrumpfen die ärgsten Feinde des arbeitenden Volkes!

Sie treten den Willen der 15 Millionen, die für die restlose Enteignung der Fürsten demonstriert haben, mit Füßen.

Der Wille der bürgerlichen und sozialdemokratischen Fürstenknechte darf nicht Wirklichkeit werden.

Die Einheitsfront der 15 Millionen für die Fürsten muß ihren Kampf von neuem aufnehmen. Der Hohenzollernpakt der sozialdemokratischen Führer muß vernichtet werden.

Es lebe die Front der 15 Millionen für die restlose Enteignung und Verjagung der Fürsten!

Gegen Koalitionspolitik, Arbeitsgemeinschaft und Schlichtungswesen!

Für den Ausbau der Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

Für das uneingeschränkte Streik- und Koalitionsrecht!

Schützt die Gewerkschaften vor den verbrecherischen Anschlägen der Trustherren und ihrer reformistischen Knechte!

Brot und Arbeit den Erwerbslosen! Kampf für Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit!

Es lebe die Solidarität mit den englischen Bergarbeitern!

Es lebe die proletarische Einheitsfront im Zeichen des Hamburger Kampfes!

Es lebe der Kongreß der Werktätigen!

Es lebe der Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung!

Berlin, den 7. Oktober 1926.

Zentralkomitee der KPD
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Die Lehren von Hamburg

Brecht die Macht der Reformisten.

Dresden, am 8. Oktober 1926.

Den reformistischen Gewerkschaftsführern ist ein neuer Schandstreich gelungen, — die Front der Hafenarbeiter ist erdolcht, der Streik ist **abgebrochen**.

Der Hamburger Kampf hat der deutschen Arbeiterschaft bedeutsame Lehren gegeben. Es war der **erste große Abwehrkampf** gegen die furchtbaren Folgen der kapitalistischen Rationalisierung und zeigte den sich steigernden Willen der Arbeiter, den brutalen Ausbeuterplänen Widerstand entgegenzusetzen. Es war ein Auftakt der kommenden und unvermeidlichen Kämpfe gegen die Rationalisierungspraxis — ein Sturmzeichen, das das Herannahen drohender schwerer **sozialer Konflikte** anzeigt. Der Kampf in Hamburg hat die Klassenlage in Deutschland klar aufgezeichnet — die Fronten sind scharf abgegrenzt. Die arbeitsgemeinschaftlichen Melodien, die Stinnes in Dresden gesungen, entpuppten sich als der Lockruf, mit dem die Arbeiter aufs neue eingefangen werden sollten, um die Vorbereitungen für eine **weitere Knebelung** der Arbeiter um so sicherer treffen zu können. Jetzt, da die Hamburger Hafenarbeiter die Erfüllung ihrer bescheidenen und berechtigten Forderungen verlangten, zeigte sich, was die Arbeiter von den Unternehmern zu erwarten haben.

Die Trustherren, die jederzeit in der Lage gewesen wären, die Forderungen der Hafenarbeiter zu erfüllen, lehnten jedes Entgegenkommen ab oder antworteten mit lächerlichen „Zugeständnissen", die an der Lage der Arbeiter aber auch nicht ein Jota geändert hätten, und als ein Teil der Unternehmer aus Furcht vor dem drohenden Streik sich geneigt zeigte, gewisse Forderungen anzuerkennen, eilte **dem Hafenkapital der Reichsarbeitsminister** zu Hilfe. Er ließ erklären, „es könne an keine Zugeständnisse in der Lohnfrage gedacht werden". Jede Annahme der Arbeiterforderungen sei eine Gefahr „wegen der damit verbundenen **Aufrollung des Lohnproblems** auf der ganzen Linie". Jede Lohnerhöhung müsse abgelehnt werden, weil sie „für die ganze Lohnpolitik der deutschen Wirtschaft weittragende Konsequenzen auslösen müsse". Das war der nackte und brutale Unternehmerstandpunkt, den die Reichsregierung unverhüllt zum Ausdruck brachte und der in dem bekannten Schiedsspruch, der nur einige lumpige Pfennige Lohnerhöhung für die Nachtschicht brachte, noch einmal bestätigt wurde. Und als die Hafenarbeiter diesen Schiedsspruch ablehnten, antwortete die Regierung mit der **Verbindlichkeitserklärung** und stellte damit die Hafenarbeiter vor die Entscheidung: **entweder den Kampf aufzunehmen** gegen die Methode des Lohndrucks und der Niederknüppelung der Arbeiterschaft — **oder aber** sich dem Diktat der Hafenkapitalisten zu fügen und auf das Streikrecht zu verzichten. —

Die Antwort der 18 000 Hafenarbeiter war der **einstimmige** Kampfbeschluß. In gemeinsamer Front standen sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter auf Vorposten im Kampfe des Gesamtproletariats gegen die Ausbeuterpläne der deutschen Bourgeoisie.

Das Signal von Hamburg fand in der Arbeiterschaft lebhaftes Echo. Die Berliner Betriebsräte veranstalteten Solidaritätskundgebungen, in den Zechen des Ruhrbergbaues wurde die Proklamierung des Bergarbeiterstreiks gefordert, und die Metallarbeiter im Halleschen Bezirk lehnten in Urabstimmung den Schiedsspruch mit 80 Prozent ab. Die starke Wirkung, die vom Hamburger Kampf ausging, zeigte sich jedoch am deutlichsten in dem Ausstand der Londoner Hafenarbeiter, und während im ganzen Reich sich die Stimmen der Solidarität vermehrten und die Arbeiter die Bereitschaft zeigten, die kämpfenden Hafenarbeiter mit allen Kräften zu unterstützen, im gleichen Augenblick, als die Arbeiter die Bedeutung und die Tragweite des Kampfes zu verstehen begannen, zur selben Zeit setzte der Dolchstoß der Reformisten ein. Sie erklärten den Streik als eine **wilde Aktion** und lehnten jede Unterstützung des Kampfes ab. Sie scheuten sich nicht, mit den gemeinsten Mitteln den Streikbruch zu organisieren. Was sich die reformistischen Verbandsführer an Machinationen, an Schiebungen und Sabotage in diesem Kampf leisteten, übertraf alles bisher Dagewesene. Im „Echo", dem sozialdemokratischen Parteiorgan für Hamburg, erschien mit Wissen und unter Zustimmung der Gewerkschaftsführer ein von dem Hafenbetriebsverein bezahltes Inserat, das zum Streikbruch aufforderte. Mit der feigen Ausrede, daß infolge der Verbindlichkeitserklärung der Streik von den Gewerkschaften nicht unterstützt werden dürfe, ließen die SPD- und Gewerkschaftsführer die kämpfenden Hafenarbeiter im Stich, und als in geheimer Abstimmung trotz alledem die Hafenarbeiter mit 4443 gegen 1475 Stimmen die Fortsetzung des Streikes beschlossen, da erklärten die Gewerkschaftsführer, daß nur die Stimmen der gewerkschaftlich Organisierten gezählt würden, bei denen noch einige Stimmen an der statutarisch erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlten. Die Verbandsleitung und die SPD hatten alles aufgeboten, um die Abbröckelung der Streikfront zu bewirken, und so gelang es diesen Agenten der Hafenunternehmer nach fünftägiger Zermürbungstaktik, die Hafenarbeiter wieder in das alte Joch des Reederkapitals hinein zu zwingen. So wurde denn der Streik abgebrochen, der alle Voraussetzungen erfüllte, um mit dem Sieg der Hafenarbeiter zu enden.

Die Hafenarbeiter aber mußten erkennen, daß **nicht nur die Unternehmer und der Staatsapparat** mit dem Reichsarbeitsminister an der Spitze **gegen sie standen** — sie mußten auch die bittere Erfahrung machen, daß **SPD- und Gewerkschaftsführer in diesem Kampf jenseits der Barrikaden, im Lager der Kapitalisten standen**, wo sie immer stehen werden, wenn sich die Arbeiter anschicken, ernsthaft um ihre Lebensinteressen zu kämpfen. Diese Tatsachen sind eine **bittere, aber ebenso notwendige Lehre** für die gesamte Arbeiterschaft. Der Hamburger Kampf hat gezeigt, daß jede kapitalistische Regierung, mag sie sich nun als „Regierung der Mittelparteien", „große" oder „kleine Koalitionsregierung" etablieren, das Organ ist, das der herrschenden Klasse zur Niederknüppelung der Arbeiter voll zur Verfügung steht. Das zeigt das Eingreifen des Reichsarbeitsministers, das zeigt die Einsetzung der Technischen Nothilfe und die

Wilhelm II. kehrt zurück!

Mißtrauensantrag der KPD gegen die Regierung

Wie schon gestern mitgeteilt, ist der Vertrag mit den Hohenzollern unterzeichnet. Jetzt erhalten wir Mitteilungen über den Inhalt des Vertrages. Danach erhalten die Hohenzollern entgegen der ersten Abmachung mindestens 400 000 Morgen Grund und Boden. Im § 7 des Vertrages heißt es wörtlich:

„Der Staat stellt dem vormaligen König Wilhelm II. auf etwaigen Wunsch Schloß und Park zu Homburg vor der Höhe als Wohnsitz für ihn und seine Gemahlin auf Lebenszeit weiter zur Verfügung."

Der preußische Staat übernimmt die völlige Versorgung für die Hohenzollern-Hofbeamten, ganz gleich, zu welchem Zeitpunkt sie aus dem Hofdienst ausgeschieden sind. Selbst die Hofbeamten, die heute noch in Doorn oder bei irgendeinem anderen Mitglied des Hohenzollernhauses tätig sind, müssen, wenn sie nach dem 1. April 1927 aus dem dortigen Dienst ausscheiden, vom Staat nach den Vorschriften des Beamtengesetzes besoldet werden. Die **Hofbeamten können sich jederzeit, auch vor Vollendung des 65. Lebensjahres, auf Kosten des Staates pensionieren lassen.** Dabei wird ihnen die während des Krieges im Hofdienst zurückgelegte Dienstzeit, genau wie bei den Beamten, doppelt angerechnet. Bereits heute zahlt der preußische Staat jährlich **2,4 Millionen Mark** Gehalt und Pensionen an Hofbeamte. Die „Deutsche Tageszeitung" teilt mit, die deutschnationale Fraktion habe beschlossen, dem Hohenzollernvergleich zuzustimmen, um zu verhindern, daß durch evtl. Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Dagegenstimmen des welfischen Teiles der Wirtschaftspartei keine Mehrheit für die Vorlage zustande kommt.

Der Vertrag ist die frechste Provokation gegen die 15 Millionen, die die Enteignung der Fürsten verlangten. Der preußische Staat verpflichtet sich, die Hofbeamten zu unterhalten, er gibt Wilhelm das Recht, auf seinen Wunsch in Preußen zu wohnen.

Die monarchistische Propaganda kann also im verstärkten Maße fortgesetzt werden. Ein neuer Kriegervereins- und Stahlhelmrummel kann einsetzen. Die preußische Regierung der Demokraten, **Sozialdemokraten** und des Zentrums haben sich als die bravsten Hohenzollernlakaien enthüllt. Die KPD-Fraktion hat gegen diese Regierung der Provokateure von 15 Millionen Wählern einen **Mißtrauensantrag** eingebracht, der wahrscheinlich heute zur Behandlung kommt.

Die Arbeiter ganz Deutschlands müssen die monarchistischen Umtriebe unter allen Umständen verhindern.